

Nützliche Nachrichten 9/2006

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Sparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 17. Oktober 2006

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Ein Hauch von Hoffnung

Andreas Buro

Es war sicher kein leichter Schritt für die kurdische Seite, sich erneut auf einen einseitigen Waffenstillstand einzulassen. Hatte man doch von 1999 bis 2004 die Erfahrung gemacht, dass Ankara nicht bereit war, politisch im Sinne der Lösung der Kurdenfrage im Rahmen der Türkei zu antworten. 2004 war dann die Geduld am Ende und die PKK setzte erneut auf militärische Aktionen der Guerilla. Dazu kamen in zunehmenden Maße, was wir lange vorher gesagt hatten, Bombenattentate in vielen Landesteilen durch die sogenannten kurdischen Freiheitsfalken, von denen man nicht weiss, wer sie wirklich kontrolliert. Da öffnete sich eine Büchse der Pandora, ohne eine Sicherheit zu haben, ob sie wieder geschlossen werden könne. Gewalt eskalierte von allen Seiten.

Mit dem angekündigten Waffenstillstand, der ab 1. Oktober dieses Jahres gelten soll, wird der politisch sehr sinnvolle Versuch unternommen, Gewalt zu deeskalieren und den türkisch-kurdischen Konflikt wieder auf eine politische Schiene zu lenken. Von vielen Seiten – auch von uns – war vorher dazu aufgerufen worden. Besonders wichtig dürften in diesem Chor die Stimmen aus den USA und dem kurdischen Irak gewesen sein. Die USA hat kein Interesse an einer Ausweitung gewaltsamer Konflikte, die voraussichtlich sehr bald den Nordirak erfassen würden, und auch dort, wie in den anderen Teilen des Irak, zu Turbulenzen führen könnten. Das gleiche gilt für die Führung des kurdischen Teils des Irak.

Dazu werden schwergewichtig mindestens zwei weitere Komponenten getreten sein. Die Bombenattentate hatten die türkisch-nationalistische Stimmung im Lande angeheizt und Wasser auf die Mühlen der rechten Parteien geleitet, die bei den Präsidenten und Parlamentswahlen 2007 sich negativ gegen die AKP auswirken könnten. Da mußte rechtzeitig gegen gesteuert werden. Zum zweiten mußte die Regierung Erdogan erkennen, wie sehr der militärische Konflikt, ihren schärfsten Gegnern, der hohen Generalität, zugute kommt. Der unverhüllte Angriff des neuen Generalstabschef Yasar Büyükanit am 2. Oktober 2006 gegen die AKP-Regierung, sowie seine Zurückweisung des Waffenstillstandes und die Forderung an die kurdische Guerilla "die Waffen bedingungslos niederzulegen und sich der türkischen Justiz zu stellen", machen dies nur allzu deutlich.

Zu erwarten ist nun ein weiterer Machtkampf zwischen der Regierung und dem Militär um die Frage, ob weiter geschossen wird, oder ob erste – vermutlich sehr vorsichtige – Schritte zu einer politischen Lösung ergriffen werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sich in diesem Ringen sehr sonderbare Koalitionen ergeben werden: Die USA mit Erdogan und Barzani auf einer Seite und die Militärs mit den rechten Parteien und den Kemalisten auf der anderen.

Das EU-Parlament, Brüssel und der Europarat haben in dieser Situation eine nützliche Haltung eingenommen. Ob die Bundesregierung begriffen hat, was gegenwärtig für eine wichtige Konfrontation stattfindet, ist auch nach dem Merkel-Besuch in Ankara eher zu bezweifeln. Die deutsche Politik und Justiz ist jedenfalls gegenwärtig gegenüber den hier lebenden politisch motivierten Kurden von einer unbeschreiblichen Ignoranz.

Ereignis-Kalender

EU: Türkei muss Reformprozess intensivieren

Das Europäische Parlament befasste sich am 26. September mit dem Bericht des Auswärtigen Ausschusses, der von dem Niederländer Camiel Eurlings verfasst wurde.

Wir dokumentieren einige der wichtigen Auszüge aus der Veröffentlichung in der Internetseite des Europäischen Parlamentes:

„Das Europäische Parlament (EP) begrüßt, dass die "aktive Phase" der Verhandlungen mit der Türkei begonnen hat, bedauert aber die Verlangsamung des Reformprozesses, etwa im Bereich Meinungs- und Religionsfreiheit. Die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern sei zwar kein Beitrittskriterium, Vergangenheitsbewältigung jedoch unerlässlich. Auch die Zypernpolitik müsse sich ändern. Positiv seien Fortschritte im Kampf gegen Folter. Auch könne die Türkei ein Brückenbauer zwischen Europa und der islamischen Welt sein.

Die Verlangsamung des Reformprozesses zeige sich an "anhaltenden Mängeln oder unzureichenden Fortschritten" insbesondere auf dem Gebiet der Meinungsfreiheit, der Religions- und Minderheitenrechte, der Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Militär, den Frauenrechten oder den kulturellen Rechten. Die Türkei wird "dringend aufgefordert, den Reformprozess zu stärken".

Der Prozess des Beitritts bedinge einen anhaltenden Reformprozess in der Türkei, der nachhaltig und unumkehrbar sein müsse. Die Fortschritte im Bereich der Meinungsfreiheit seien "immer noch alles andere als zufrieden stellend" und böten "ein gemischtes Bild, bei dem einige positive Entwicklungen im Vordergrund stehen", etwa der Freispruch des Autors Orhan Pamuk.

Im Hinblick auf die Grundrechte und -freiheiten seien in den letzten Jahren "nur begrenzte Fortschritte zu vermelden". Hinsichtlich der Rechte der Frauen seien zwar einige Fortschritte zu verzeichnen. Die Nichtachtung der Frauenrechte in der Türkei gebe jedoch weiterhin Anlass zu "tiefer Besorgnis" und es seien weitere Anstrengungen erforderlich, um die "diskriminierenden Praktiken und die Gewalt gegen Frauen zu beseitigen".

Das Plenum stimmte dagegen, die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern zu einer Beitrittsvoraussetzung zu machen (der Auswärtige Ausschuss hatte sich hingegen noch hierfür ausgesprochen). Zwar zählt die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern formal nicht zu den Beitrittskriterien von Kopenhagen, so das EP - für ein Land, das sich auf dem Weg zum EU-Beitritt befindet, sei es allerdings "unerlässlich, sich seiner Vergangenheit zu stellen und sie zu bewältigen". Das Parlament fordert zudem sowohl die türkische Regierung als auch die armenische Regierung auf, ihren Aussöhnungsprozess fortzusetzen. Mit den jüngsten Debatten in der Türkei wurde "zumindest ein erster Schritt in der Diskussion über die schmerzliche Geschichte mit Armenien gesetzt wurde".

Die Weigerung der türkische Regierung, zyprischen Schiffen den Zugang zu türkischen Häfen und zyprischen Flugzeugen Landerechte zu gewähren, stelle einen Verstoß gegen das Assoziierungsabkommen, die diesbezügliche Zollunion und das Zusatzprotokoll dar, so das EP. Unzureichende Fortschritte in dieser Hinsicht könnten "ernste Auswirkungen auf den

Verhandlungsprozess haben und diesen sogar zum Stillstand bringen".

Die Türkei müsse ihre Politik gegenüber Zypern "schnellstmöglich ändern". Die Anerkennung aller Mitgliedstaaten, einschließlich der Republik Zypern, sei "ein notwendiger Bestandteil des Beitrittsprozesses".

Das Parlament macht deutlich, dass die Aufnahme der Verhandlungen "Ausgangspunkt für einen lang andauernden Prozess ist, der *per se* ein Prozess mit offenem Ausgang ist und nicht *a priori* und automatisch zum Beitritt führt". Ziel der Verhandlungen sei die türkische EU-Mitgliedschaft - die "Erfüllung dieses Anspruchs" hänge jedoch von den Anstrengungen beider Seiten ab. Die Fähigkeit der EU, die Türkei aufzunehmen und gleichzeitig die Integrationsdynamik beizubehalten, sei eine wichtige Erwägung im allgemeinen Interesse der EU wie auch der Türkei.

Seit dem letzten Bericht des Parlaments seien "keine Fortschritte" bei der Lösung der Probleme religiöser Minderheiten erzielt worden. Die türkischen Behörden müssten "ihre Verpflichtungen" erfüllen und konkrete Maßnahmen ergreifen, um Hindernisse für religiöse Minderheiten insbesondere im Hinblick auf ihren rechtlichen Status, die Ausbildung des Klerus und ihre Eigentumsrechte aus dem Weg zu räumen. Der Schutz der Grundrechte aller Religionsgemeinschaften müsse voll und ganz gewährleistet werden.

Die Abgeordneten begrüßen hingegen die Eröffnung der Möglichkeit von Sendungen in Kurdisch. Dies stelle ein positives Signal für die anderen Volksgruppen in der Türkei dar und sei "ein wichtiger Schritt, vorausgesetzt, es folgt eine weitere Aufhebung aller Beschränkungen".

Die Abgeordneten erkennen die Verbesserungen im Hinblick auf die Politik der „Nulltoleranz“ gegenüber Foltern sowie den "Rückgang der Misshandlungen durch Vollzugsbeamte". Die Türkei erfülle damit die diesbezüglichen Empfehlungen des Europäischen Parlaments. Allerdings seien "effektivere Durchführungsmaßnahmen" erforderlich.

Auch begrüßt das Parlament das neunte Paket legislativer Reformen, das u. a. ein Ombudsmann-Gesetz sowie Maßnahmen zum besseren Funktionieren der Justiz, zur Bekämpfung der Korruption und zur Verbesserung des Funktionierens von Minderheitenschulen umfasst. Damit das Paket "dem Reformprozess tatsächlich einen neuen Anstoß geben kann", seien jedoch Änderungen nötig. So müssten u. a. das Funktionieren und die Unabhängigkeit der Justiz gestärkt und verbleibende Zuständigkeiten von Militärgerichten gegenüber Zivilpersonen abgeschafft werden.

"Starke Bedenken" äußern die Abgeordneten schließlich angesichts der "andauernden – um nicht zu sagen wieder erstarkenden – Rolle der Armee in der türkischen Gesellschaft". Die strikte verfassungsrechtlich verankerte Trennung zwischen zivilen und militärischen Zuständigkeiten im politischen und institutionellen Bereich in der sei Türkei eine Voraussetzung, um ernsthafte Gespräche über den türkischen Beitritt zur EU führen zu können.

Der Bericht von Camiel EURLINGS (EVP-ED, NL) wurde mit 429 Ja- zu 71 Nein-Stimmen und 125 Enthaltungen angenommen."

(presse-DE@europarl.europa.eu, 27.9.06)

WAFFENSTILLSTAND

„Unsere Region, der Mittlere Osten, macht eine Phase wichtiger Veränderungen durch. Es zeigt sich täglich mehr, dass der wichtigste Faktor für ausweglose Konflikte in der Region nationalistisches und antidemokratisches Verhalten ist. Der einzig richtige Weg für die Lösung der Probleme der Region ist die Anwendung der Methoden des demokratischen Dialogs und der Aufbau eines modernen, demokratischen Systems auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts von nationalen und religiösen Verschiedenheiten.

Eines der grundlegendsten Probleme, die Situation in der Region verschärfen, ist bekanntlich die kurdische Frage. In der aktuellen Situation verstärkt die repressive Politik der Staaten, die von der kurdischen Frage betroffen sind, die antidemokratischen Tendenzen in der Region. Die Lösung der kurdischen Frage kann hingegen zu einem Katalysator für die Demokratisierung dieser Staaten werden. Deshalb wird eine demokratische Lösung der kurdischen Frage eine gewaltige Demokratisierungsoffensive auf regionaler Ebene einleiten. (...)

Die Türkei und ihr Verhältnis zu den Kurden sind also zu einem wichtigen Thema für die Region geworden. Als Folge all dieser Entwicklungen steht die Lösung der kurdischen Frage mittlerweile auf der internationalen Tagesordnung. Verschiedene Kräfte haben in diesem Zusammenhang Erklärungen veröffentlicht und zu einer Lösung aufgerufen. Verschiedene internationale Kräfte und Institutionen haben zu einem Waffenstillstand oder zum Niederlegen der Waffen aufgerufen, allen voran die USA mit ihrer schriftlichen Erklärung zum 15. August, die Föderale Republik Irak und die Regionalregierung von Südkurdistan. In der Türkei haben allen voran einige Verantwortung tragende Institutionen sowie die DTP, die Friedensmütter, die patriotischen Religionsführer und verschiedene Gruppen von Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern zu einem Waffenstillstand aufgerufen. Einige dieser Aufrufe wurden über die Presse verbreitet, andere über diplomatische Kanäle weitergeleitet.

Unter Bezug auf diese Entwicklungen hat unsere Führung (Abdullah Öcalan) einige Erklärungen abgegeben, und unsere Bewegung hat am 23. August 2006 eine Deklaration veröffentlicht, mit der eine Phase der demokratischen Lösung eingeleitet wurde. Daraufhin haben sich die Aufrufe und Verhandlungen im Sinne einer Lösung verdichtet und sich die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Waffenstillstandsprozesses erhöht. Daraufhin hat unsere Führung (Abdullah Öcalan) am 07.09.2006 einen Waffenstillstandsauftrag an unsere Bewegung gerichtet, der nicht veröffentlicht wurde.

In der Folge wurde zunächst die Herbstplanung der Volksverteidigungskräfte HPG gestoppt, die für den 15. September eine umfassende militärische Offensive vorgesehen hatte, und auf Antrag des Exekutivrats der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (Koma Komalen Kurdistan, KKK) wurde am 24. und 25. September 2006 die erste Versammlung des intermediären Parlaments des zweiten Gesetzgebungsjahrs des Volkskongresses (Kongra-Gel) einberufen, an der Vorstand des Kongra-Gel, die ständigen Ausschüsse, das Komitee für Volksverteidigung und der Kommandorat der Volksverteidigungskräfte (HPG) teilnahmen. Einziger Tagesordnungspunkt war der Aufruf unseres Vorsitzenden. In den Diskussionen wurde ein allgemeiner Konsens erzielt und der folgende Beschluss gefällt:

1-Es wurde beschlossen, einen Waffenstillstand auszurufen, der ab dem 1 Oktober 2006 Gültigkeit besitzt. Seine weitere Aufrechterhaltung hängt von den zu kommenden Schritten und den weiteren Entwicklungen ab.

2-Solange keine Angriffe zum Zwecke der Vernichtung gegen unsere Kräfte unternommen werden, wird definitiv nicht von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Wenn jedoch Vernichtungsangriffe unternommen werden, verteidigen sich unsere Kräfte in jeder Weise.

3-Während dieser Zeit werden die Volksverteidigungskräfte (HPG) keinerlei militärischen Bewegungen durchführen. Davon ausgenommen sind selbstverständliche Bewegungen zu logistischen Zwecken und aus Gründen der Vorsicht.

4-Entsprechend dieses Beschlusses wird der Kommandorat der HPG die Stellungen, Bewegungen und Planungen aller Kräfte im Sinne des Waffenstillstandes revidieren.

5-Ziel aller Kader, Organisationen und Institutionen der Freiheits- und Demokratiebewegung in Kurdistan, die im ideologischen, politischen, organisatorischen und gesellschaftlichen Bereich tätig sind, wird es sein, den Waffenstillstandsprozess zum Erfolg zu führen. Die Planungen ihrer politischen und organisatorischen Aktivitäten und Aktionen werden sie dementsprechend revidieren.

6-Dieser Beschluss ist bindend für alle Kräfte, die in das System der (Gemeinschaft der) Kommunen Kurdistans (KKK) eingebunden sind. Niemand wird Schwierigkeiten bereiten, alle Kräfte werden sich um den Erfolg des Prozesses bemühen. (...)

Dieser Beschluss unserer Führung und unserer Bewegung ist der gemeinsame Beschluss aller nationalen demokratischen Institutionen. Insofern ist er für alle demokratisch-nationalen Kräfte bindend. Daher müssen sich auch die bewaffneten Kräfte, die sich außerhalb unseres Systems bewegen, jedoch behaupten, dass sie im Namen der kurdischen Nation handeln und insbesondere unserem Vorsitzenden gegenüber loyal seien, dem Aufruf unseres Vorsitzenden gemäß verhalten.

Wer sich nicht an diesen Aufruf hält und dem Freiheitskampf unseres Volkes Schaden zufügt, muss wissen, dass sich unsere Bewegung ihm überall entgegenstellen wird. Unser Volk, das den Freiheitskampf mit großem Einsatz und großer Opferbereitschaft erfolgreich führt, ist ebenfalls aufgerufen, diesen Waffenstillstandsprozess entschlossen zu unterstützen und auf der Linie der demokratischen Lösung und der demokratischen Einheit das Seinige beizutragen. Es muss deutlich werden, dass in diesem Prozess die Forderung nach einer demokratischen Lösung unüberhörbar artikuliert wird und breiteste Unterstützung erfährt; die Bevölkerung sollte ihre diesbezügliche Entschlossenheit und ihren Wunsch nach Frieden so deutlich machen wie nur irgend möglich.

Wir werden das Unsrige tun, um das Problem innerhalb der Grenzen der Türkei zu lösen und auf der Basis der Einheit in Freiheit ein demokratisches Zusammenleben zu verwirklichen. Jedoch wird unser Volk sich einer Politik der Verleugnung und Vernichtung wie stets in der Geschichte so auch heute in keiner Weise beugen, sondern sich verteidigen, wenn es nötig ist. Unser Schritt des Waffenstillstands ist ein Schritt von historischer Bedeutung für das dauerhafte freiwillige Zusammenleben zweier Völker. Wir sagen: 'Jetzt besteht eine Gelegenheit zum Frieden, lasst sie uns nutzen.' Sonst bleibt das Feld den Kriegstreibern überlassen, die mit Nationalismus und Chauvinismus gefährlichen Hass zwischen den Völkern schüren wollen. Daher sollten alle demokratischen Institutionen und Kreise, Presseorgane, Intellektuelle, Künstler und alle, die für die Geschwisterlichkeit der Völker eintreten, unseren Schritt

unterstützen, damit daraus eine dauerhafte Lösung entstehen kann. Sie alle sollten das Ihrige tun und nicht wie in der Vergangenheit untätig bleiben. Die türkische Regierung und Armee müssen erkennen, dass sie die kurdische Frage nicht mit Gewaltmethoden aus der Welt schaffen können, wie sie es schon so oft versucht haben. Auf 'Kapitulation oder Vernichtung' zu beharren wird unseren Völkern Leid und unserer Region Instabilität bescheren; Dialog und eine demokratische Lösung hingegen werden dazu führen, dass die Türkei aufstreben kann und attraktiv wird. Sie sollten unserer Waffenstillstandserklärung, die eine historische Gelegenheit darstellt, mit angemessenen Schritten begegnen. (...)

In diesem Sinne sollte die Aufgabe der im Rahmen der Dreiermechanismus ernannten 'PKK-Koordinatoren' nicht sein, unsere Bewegung als Terrororganisation darzustellen und Liquidierungspläne auszuhecken. Es liegt auf der Hand, dass die so oft angewandten Gewaltmethoden keine Lösung bringen werden. Das Beste wird sein, wenn dieser Mechanismus das Problem mit einem Projekt für eine demokratische Lösung angeht und eine an die Wurzel gehende Lösung vorlegen. Insbesondere eine konstruktive Haltung der USA und des Irak als eines Staates, der die kurdische Frage gut kennt, zu unserem Schritt eine Waffenstillstandes ist von großer Wichtigkeit.

Mit diesem Waffenstillstand hat unsere Bewegung das Ihrige getan. Wir rufen alle, die an der Entwicklung eines demokratischen Prozesses und an Stabilität interessiert sind, allen voran diejenigen, die einen Waffenstillstand gefordert haben, die betreffenden Staaten und Gruppen auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und sich um eine Lösung des Problems auf der Grundlage eines gerechten, demokratischen Projekts zu bemühen. Eine solche Lösung liegt im Interesse aller, einschließlich des kurdischen Volks."

30.09. 2006

Koma Komalen Kurdistan
Präsidium des Exekutivrats

Reaktionen auf den Waffenstillstand

Premier Erdogan: "Eine Waffenruhe wird zwischen Staaten ausgehandelt. Das ist nicht etwas für eine Terrororganisation", sagte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan gleich nach der Waffenstillstandsverkündung seitens der PKK und fügte trotzdem hinzu, dass die Armee ohne Grund keine Operationen durchführen werde. Auch der Außenminister Gül erklärte, in einer friedlicheren Atmosphäre kann die Regierung ein wirtschaftliches und soziales Entwicklungsprojekt starten.

Armeeführung: Die Armee kündigte an, ihren Kampf gegen die PKK fortzusetzen. Der "Terrororganisation" bleibe nur ein Ausweg, sagte Generalstabschef Yasar Büyükanit am 2. Oktober 2006, "die Waffen bedingungslos niederzulegen und sich der türkischen Justiz zu stellen".

Büyükanit widersprach damit Ministerpräsident Tayyip Erdogan, der erklärt hatte, wenn die PKK ihren Waffenstillstand einhalte, werde es "ohne zwingenden Grund" keine militärischen Operationen mehr gegen die Organisation geben.

Zu den Ablehnern des Waffenstillstandes gehören die nationalistisch-faschistischen Kräfte samt den Kemalisten, darunter die CHP (Republikanische Volkspartei). Sie finden sich auf der Linie der Armeeführung wieder. Die Gegner der Waffenruhe und Hardliner meinen in Übereinstimmung, dass die AKP-Regierung gemeinsam mit den irakischen Kurdenführern, den Weg zum Waffenstillstand bereitet habe. Dabei wird auch der USA eine dominierende Rolle beigemessen.

Mehmet Agar: Zu den mutigen und namhaften Befürwortern muss man allerdings Mehmet Agar, den Vorsitzenden der Partei des Rechtenweges (DYP) zählen. Mehmet Agar, der während seiner Amtszeit als Polizeipräsident, Justiz- und Innenminister in der ersten Hälfte der 1990er Jahre Hunderte von kurdischen Geschäftsleuten, Intellektuellen und Politikern ermorden ließ und so schmutzige Hände bekam, lädt die Regierung ein, mutige Schritte zu unternehmen. Agar teilte der türkischen Öffentlichkeit mit: „Anstelle mit Waffen in die Berge zu laufen, sollen sie in die Ebene kommen und Politik machen“. Agar betonte, dass Ziel seines Vorstoßes sei, das gesellschaftliche Klima zu entschärfen. Der Wunsch zusammenzuleben müsse erneut belebt werden. Auf die Armeeführung zielend sagte er, unter seiner Regierung würde sich die Armee nicht zu politischen Themen äußern können. „Wo die Armee spricht, dort gibt es keine Regierung.“

Der CHP-Vorsitzende Deniz Baykal bezeichnete Amnestiepläne als Teil eines internationalen Szenarios, dem sich die CHP nicht beugen werde.

Der einseitige Waffenstillstand der PKK hat allgemein ein positives Echo in der kurdisch-türkischen Öffentlichkeit erfahren. Zaman, ein islamistisches Blatt, lud die kurdisch-türkischen Meinungsmacher und Journalisten zusammen. Viele der Eingeladenen stellten sich positiv zum Waffenstillstand. In vielen Sendern fanden Diskussionsrunden mit Pro- und Contrastimmen.

Talabani und Barzani: Die irakischen Kurdenführer äußerten sich zum Waffenstillstand positiv. Talabani sagte: „Wir reden zu allen Themen mit den Amerikanern. Auch sie finden den Waffenstillstand positiv. Wir werden jeden Kurden unterstützen, der uns um Hilfe bittet.“ Barzani erklärte, „wir sind bereit für die friedliche Lösung unseren Beitrag zu leisten.“

Die Türkei befindet sich schon jetzt in Wahlkampfstimmung. Im Mai nächsten Jahres wird der neue Staatspräsident gewählt. Premier Erdogan wird für diesen Posten erwähnt, was wiederum heftige Proteste in den Reihen der kemalistischen Staatshüter auslöst. Anfang November 2007 finden die Parlamentswahlen statt.

Ob in einem Wahljahr die Kette der ungelösten Kurdenfrage durchbrochen und eine friedlichere gesellschaftliche Atmosphäre geschaffen werden kann, ist fraglich.

(ZEIT online, 29.9.06; FR, 4.10.06; Yeni Özgür Politika, 7.10.06; Milliyet, 9.10.06; Zaman, 10.10.06, Hürriyet und Yeni Özgür Politika, 9., 10. und 16.10.06)

Türkei droht: Kappen Strom für Kurdistan

Die Türkei droht dem Irak damit, Stromlieferungen zu stoppen, falls die Bagdader Regierung nichts gegen die PKK unternimmt. Zuvor hatte der kurdischstämmige irakische Präsident Talabani die Nachbarländer davor gewarnt, sich in irakische Angelegenheiten einzumischen.

Die Türkei hat dem irakischen Staatspräsidenten Dschalal Talabani damit gedroht, Strom- und Treibstofflieferungen in den Nordirak einzustellen, wenn der Irak nichts gegen die dortigen Kämpfer der PKK unternehme. Mit einem Liefer-Stopp könne die Türkei das öffentliche Leben im Nordirak lahm legen, sagte Außenminister Abdullah Gül.

Gül reagierte damit auf Äußerungen Talabanis am Rande der UN-Vollversammlung in New York, die in der Türkei für erhebliche Verärgerung gesorgt haben. Laut türkischen Medienberichten hatte Talabani die Türkei und andere Nachbarländer vor einer Einmischung in die inneren

Angelegenheiten seines Landes gewarnt. Zudem habe er gedroht, der Irak könne andernfalls oppositionelle Kräfte in diesen Ländern unterstützen.

In der türkischen Öffentlichkeit wurde dies auf die PKK bezogen. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sprach von „unglücklichen“ Äußerungen Talabanis. Er hoffe, dass es sich um einen „Versprecher“ gehandelt habe. Der Justizminister und Regierungssprecher Cicek bezeichnete Talabani als „Schuhküsser“.

Talabani hatte vor der Verkündung des einseitigen Waffenstillstandes öffentlich erklärt, dass die PKK in Kürze diesen Schritt gehen werde. Sein Vertreter in Ankara deutete hin, dass Talabani sich auf Wunsch türkischer Regierungsmitglieder in die Sache eingeschaltet habe.

(Business news, 29.9.06)

Militär und Kemalisten machen Mobil gegen die Regierung

Yasar Büyükanit, der neue Generalstabschef der türkischen Armee, hat seine erste Grundsatzrede gehalten - und die Türkei steht stramm. Nicht weniger als elf Fernsehsender im Land übertragen live, wie Büyükanit der Regierung, der EU und unbequemen Vertretern der Zivilgesellschaft die Leviten las. Eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu Grundfragen des Landes schlägt weit weniger Wellen.

General Yasar Büyükanit hat in einer Rede vor der türkischen Kriegsakademie am 2. Oktober 2006 vor einer "islamistischen Drohung" in der Türkei gewarnt. Es gebe eine "reaktionäre Gefahr" in der Türkei. Sie müsse "mit jeder Art von Maßnahme" bekämpft werden. Büyükanit äußerte sich nicht näher, welche Maßnahmen er meinte.

Zugleich wies Buyukanit Kritik der Europäischen Union zurück, wonach die Streitkräfte in der Türkei zu großen Einfluss haben. „Welche Handlung des Militärs ist undemokratisch?“, fragte Buyukanit während seiner landesweit übertragenen Rede vor Offizieren in Istanbul.

Auf Kritik stößt unter anderem die Besetzung wichtiger Posten mit islamisch orientierten Beamten sowie der Standpunkt von Parlamentspräsident Bülent Arinc, der die Definition von Säkularismus in Frage gestellt hat. Die Streitkräfte sehen sich selbst als Hüter der säkularen Identität der Türkei.

Niemand aus den Reihen der Regierung nahm den EU-Botschafter in Ankara, Hans-Jörg Kretschmer, in Schutz, der von Büyükanit persönlich attackiert wurde, oder verteidigte das Forschungsinstitut TESEV, das in einem Bericht die politische Rolle der Armee kritisiert hatte und damit den Zorn des Generals auf sich zog. Im Gegenteil: Ein stellvertretender Ministerpräsident sagte, er verstehe Büyükanits Verärgerung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, findet sich in der Türkei auch niemand, der Büyükanits Rede als das entlarvt, was sie war: Wahlkampf. Der General warf der Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan vor, islamistisches Gedankengut bis in höchste Staatsämter transportiert zu haben. Konkrete Beweise für eine islamistische Unterwanderung des Staates auf Initiative der Regierung legte der General zwar nicht vor. Es ist aber kein Zufall, dass dies auch der Hauptvorwurf der Oppositionspartei CHP, von Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer und anderer Vertreter der säkularen Elite an die Adresse Erdogans ist.

Zuvor hatten drei ranghohe Generäle gewarnt, ohne ein unabhängiges Heer werde das Land in einen radikalen Islam abstürzen. Erdogan wurde am 2. Oktober während eines Besuchs in den USA mit den Worten zitiert, in der Türkei gebe es

keine Bedrohung durch islamischen Fundamentalismus. Laut der Nachrichtenagentur Anadolu forderte der Regierungschef die Streitkräfte auf, nicht seine von der Verfassung vorgeschriebenen Rechte zu überschreiten.

Eine ähnliche Islamismuskritik hatte kurz zuvor Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer ausgesprochen. Er sprach davon, daß die religiöse Reaktion in den vergangenen 20 Jahren nie so bedrohlich gewesen sei wie heute und daß der Begriff Säkularismus entleert werde. Um die Lebensdauer der säkularen Republik zu verlängern, müßten ernannte Amtsträger den gewählten Mandatsträgern mindestens gleichwertig sein, und zum Schutz des Laizismus dürften auch Grundrechte und Grundfreiheiten eingeschränkt werden, sagte Sezer.

Starke Streitkräfte seien für die nationale Sicherheit unumgänglich, sagte Sezer. Die Armee sieht sich selbst als Hüter der säkularen Identität der Türkei. Die EU hat die Regierung in Ankara allerdings mehrfach aufgefordert, die Aufgaben des Militärs zu beschränken. Büyükanit wies diese Kritik in seiner Rede zurück.

Der Generalstabschef ging damit auf Distanz zu Erdogan, der in einer ersten Reaktion erklärt hatte, man werde die Entwicklung verfolgen: Wenn die Organisation zu ihrem Wort stehe, werde es "ohne ersichtlichen Grund" keine Operationen der Sicherheitskräfte geben.

Vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des kommenden Jahres formieren sich in der Türkei gegnerische Blöcke. Es ist normal, dass die Opposition die Regierung schlecht macht. Aber dass die Armee im Vorwahlkampf Partei ergreift, ist nach europäischem Verständnis weder normal noch akzeptabel. Büyükanits Rede und die Reaktionen darauf ergeben zusammen ein vernichtendes Bild vom Zustand der türkischen Demokratie: Auch nach Jahren der Reformen bestimmen die Militärs selbst, was sie dürfen und was nicht. In jedem westeuropäischen Land wäre ein Armeechef für eine solche Rede gefeuert worden. In der Türkei muckt kaum jemand auf. Besser, als jeder Türkei-Gegner in der EU das gekonnt hätte, hat General Büyükanit veranschaulicht, wie weit Ankara von Brüssel entfernt ist.

(yahoo, 1. und 2.10.06; Der Standard, 2.10.06; Hürriyet und Yeni Özgür politika, 2.-4.10.06; Bremer Nachrichten, 4.10.06; FAZ, 6.10.06; FAZ, 6.10.06; Die Welt, 06.10.06)

Europarat: zum Schutz und zur Unterstützung der kurdischen Kultur

Nach einer Debatte über die kulturelle Situation der Kurden hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats am 4. Oktober 2006 eine Entschließung angenommen, die dazu aufruft, diese Kultur durch Unterstützung auf europäischer Ebene und insbesondere durch den Europarat zu schützen.

Die Versammlung empfiehlt, dass die Türkei als Mitgliedsstaat des Europarates die Möglichkeiten prüft, neben den offiziellen Sprachen in Kurdisch zu unterrichten, wo Kurdisch die Muttersprache der Kinder ist. Darüber hinaus sollte das Land Universitätskurse über die kurdische Sprache und Literatur fördern und kurdische Kulturverbände unterstützen.

Des Weiteren forderte die Versammlung die Regierung Irans, Iraks und Syriens auf, „die kurdische Sprache und Kultur als Teil ihres eigenen Kulturerbes anzuerkennen, als Reichtum, den es zu erhalten gilt und nicht als Bedrohung, die bekämpft werden muss.“

Bush-Berater erwägt Teilung des Irak

Die Iraq Study Group, eine unabhängige Kommission, die vom amerikanischen Kongress mit der Zustimmung von Präsident Bush eingesetzt wurde, soll nach Informationen der britischen Zeitung Times die Aufteilung des Irak in drei "in höchstem Maße" autonome Regionen als Ausweg aus dem Chaos nahe legen.

Der Vorsitzende der Kommission, Ex-Außenminister James Baker, sagte dem US-Fernseher ABC, dass seine Expertenrunde "an Alternativen glaubt, die sich zwischen Kurshalten und schnellem Abzug bewegen".

Als eine solche Alternative gilt offenbar die räumliche Trennung von sunnitischen, schiitischen und kurdischen Gebieten. "Die Kurden haben effektiv bereits ihr eigenes Gebiet", heißt es nach Angaben der britischen Zeitung "The Times" im Umfeld der Baker-Kommission. "Die Föderalisierung des Irak wird kommen, auf die eine oder andere Weise."

Baker will seine Vorschläge der "New York Times" zufolge nach den Kongresswahlen im November vorlegen. Da dem Republikaner großer Einfluss auf US-Präsident George W. Bush nachgesagt wird, könnte der Kommissionsbericht einen Politikwechsel einleiten. Die Bush-Regierung hatte bisher stets auf dem Fortbestand des Irak als Einheitsstaat beharrt und Forderungen nach einem Abzug der US-Truppen abgelehnt. US-Außenministerin Condoleezza Rice hatte noch vergangene Woche bei ihrem Besuch im Irak Regierungschef Nuri al-Maliki gemahnt, alles für die Fortsetzung der Einheitsregierung und des begonnenen Aussöhnungsprozesses zwischen den Bevölkerungsgruppen zu unternehmen.

Der ehemalige US-Diplomat Peter Galbraith, der derzeit die kurdische Regionalregierung im Norden des Landes berät, hält diesen Kurs für verfehlt: "Der Präsident hat den Sinn für die Realität auf irakischem Boden verloren", sagte Galbraith der Financial Times Deutschland. "Klar ist: Der Irak ist bereits geteilt", sagte er mit Blick auf die religiös motivierte Gewalt und die politischen Differenzen der wichtigsten Gruppierungen des Landes. Es könne für die Amerikaner nur darum gehen, sich gemeinsam mit allen Bevölkerungsgruppen auf eine Festlegung föderaler Grenzen zu einigen.

(Telepolis, 9.10.06; Financial Times Deutschland, 10.10.06)

Frankreich: Völkermord anerkennen – seine Leugnung unter Strafe stellen!

Zentralrat der Armenier in Deutschland (ZAD) teilt mit: "Die französische Nationalversammlung hat heute (12.10.06) mit großer Mehrheit einem Gesetzentwurf zugestimmt, wonach die Leugnung des Völkermordes an den Armeniern unter Strafe gestellt wird. Den Gesetzentwurf hatte die sozialistische Fraktion bereits im März dieses Jahres eingebracht. In den vergangenen Monaten und Wochen hat die türkische Regierung massiven Druck auf Frankreich ausgeübt, um die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern. Die französische Regierung wurde „offen“ davor gewarnt, dass Frankreich im Falle einer Annahme des Gesetzentwurfs mit wirtschaftlichen Sanktionen zu rechnen habe.

Die Türkei, wo jegliche Kritik an der offiziellen Staatsideologie und Geschichtsdarstellung als Straftat verfolgt wird, nimmt sich das Recht, den Abgeordneten der französischen Nationalversammlung die Einschränkung der Meinungsfreiheit vorzuwerfen. Doch das Recht auf freie Meinungsfreiheit verbürgt nicht das Recht für Genozidleugner, als die „andere“ Seite einer gerechtfertigten Diskussion behandelt zu werden, wie es sich die

türkischen Genozidleugner wünschen. Die historische Tatsache des Völkermordes an den Armeniern kann nicht zur Diskussion gestellt werden.

Obwohl die französische Regierung aufgrund der türkischen Drohungen gegen eine Verabschiedung des Gesetzes war, ließen sich die Abgeordneten der Nationalversammlung von den Erpressungsversuchen der Türkei nicht beeindrucken. Dem von den Sozialisten eingebrachten Entwurf stimmten auch Abgeordnete der Regierungsfraktion zu. Redner aller Fraktionen begründeten ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf u.a. damit, dass türkisch-nationalistische Genozidleugner in Lyon gegen die Aufstellung eines Mahnmals für die Opfer des Völkermordes an den Armeniern demonstriert hätten.

Der Zentralrat der Armenier in Deutschland begrüßt die historische Entscheidung der französischen Nationalversammlung. Nachdem in Frankreich bereits im Januar 2001 der Völkermord durch ein Gesetz anerkannt worden ist, hat heute die Nationalversammlung die Konsequenz daraus gezogen und die Völkermordleugnung zu einer Straftat erklärt. Dies liegt auch ganz im Sinne der im April 1998 abgegebenen Erklärung von 150 prominenten Genozidforschern und Schriftstellern, wonach die Leugnung eines Völkermordes die letzte Stufe des Völkermordes darstellt. Nach ihrer Überzeugung verletzt Völkermordleugnung die Würde der Überlebenden und zielt auf die Auslöschung der Erinnerung an das Verbrechen.

Die armenische Gemeinschaft in Deutschland verfolgt mit großer Sorge die Politik der türkischen Regierung durch Druck und Erpressung die europäische Öffentlichkeit und Politik davon abzuhalten, die historische Wahrheit anzuerkennen. Auch in Deutschland, wo der Bundestag im Juni 2005 den Völkermord an den Armeniern anerkannt hat, sehen wir bei der Bekämpfung von Genozidleugnung einen dringenden gesetzlichen Handlungsbedarf. Der ZAD hat mehrmals vergeblich dagegen protestiert, dass türkische Genozidleugner als Abgeordnete in den Bundestag gewählt wurden. Die Genozidleugnung muss auch in Deutschland als Straftat anerkannt und Genozidleugnung konsequent unterbunden werden. „Nichts ist grausamer als Verfolgung, Demütigung und Leiden eines einzelnen oder einer Gruppe zu negieren – in gewisser Hinsicht übertrifft es die Verfolgung noch an Grausamkeit.“ Diese Feststellung der Holocaustforscherin Prof. Deborah E. Lipstadt, die zu den Unterzeichnern des Appells für die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern zählt, macht deutlich, welche Bedeutung ein Verbot der Völkermordleugnung für die Überlebenden und Nachkommen hat."

(ZAD, www.zentralrat.org, vorstand@zentralrat.org)

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de, <http://www.navend.de/>

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org, <http://www.pen-kurd.org/>